

Dresden im Februar 2012

Gemeinsamkeit der Demokraten führte zum Erfolg

In einer Erklärung der VVN-BdA Sachsen wird festgestellt: Am 13. Februar 2012 verhinderten tausende Antifaschisten einen geplanten Marsch rechts-extremer Demokratiefreunde durch die sächsische Landeshauptstadt. Die Neonazis mussten sich mit einem Gang ums Häuserkarree begnügen. Angesichts der gewachsenen, breiter gewordenen Bündnisse gegen die Rechtsextremisten mussten diese ihren für den 18. Februar angemeldeten Aufmarsch absagen.

An ihrer Stellen fanden sich bis zu 10.000 Antifaschisten, Demokraten ein, die mit einer Demonstration und Kundgebung die Ablehnung

jeglicher Form von Neofaschismus und Rassismus, aber auch ihre massive Kritik an der bisherigen Politik der sächsischen Regierung und Behörden zu diesem Thema zum Ausdruck brachten.

Besonders beeindruckend war der Mahngang zu Stätten faschistischer Verbrechen während der Nazizeit, an dem über zweitausend Menschen teilnahmen. Auch die neue Form des Gedenkens am 13. Februar auf dem Heidefriedhof begrüßen wir, weil dadurch ein Mißbrauch durch die Neonazis verhindert wurde.

Die sächsische VVN-BdA unterstützte auf vielfältige Art die Proteste gegen den geplanten und genehmigten Nazi-Aufmarsch. Sie begrüßt alle gewaltfreien Aktionen und Formen gegen die braune Flut.

Die VVN-BdA Sachsen dankt allen Bürgern, die sich an den friedlichen Protesten beteiligten und dazu oft sehr weite Wege zurücklegten.

Unser besonderer Dank gilt den Aktiven des Bündnisses »Dresden Nazifrei« und der »Arbeitsgruppe 13. Februar«, die in gegenseitiger Abstimmung und Respekt den großen Erfolg vorbereiteten und ermöglichten.

Wir werden auch künftig dazu aufrufen und dazu beitragen, die Demokratie in unserem Land zu schützen und rechtsextreme Kräfte zurück zu weisen. Deshalb stehen wir nach wie vor zu unserer Forderung nach einem Verbot der NPD - aber jetzt richtig.

Der Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA bedankt sich vor allem bei

den Landesverbänden der VVN-BdA im gesamten Bundesgebiet für die solidarische Unterstützung.

Doch unser Kampf um demokratische Verhältnisse ist noch nicht beendet: Am 05. März 2012 wollen die Nazis wieder durch Chemnitz marschieren, für den 14. April ist ein Aufmarsch in Plauen geplant.

Auch in anderen Städten der Republik wird es wieder zu solchen Provokationen kommen. Stellen wir uns also weiterhin gemeinsam quer, suchen und festigen wir antifaschistische Bündnisse, um dafür zu sorgen, dass all solche Naziaufmärsche endlich der Vergangenheit angehören.

Peter Giersich, Sprecher der VVN-BdA Sachsen

Bundespräsidenten-Wahl am 18. März 2012

Beate Klarsfelds Kandidatur als antifaschistischer Impuls

Zur Bundespräsidentschaftskandidatur von Beate Klarsfeld war Ulrich Sander vom „Neuen Deutschland“ um eine Stellungnahme gebeten worden. Er schrieb: Schon in der Zeit vor der Ohrfeige des Jahres 1968 haben Alice Gingold (heute Czyborra) und ich mit Beate Klarsfeld zusammen gearbeitet. Das war 1967 bis 1969. Als niemand die Wahrheit über ihre wirklichen antifaschistischen und aufklärerischen Intentionen brachte, platzierten wir nach Feierabend aus einem Wiesbadener Pressebüro fernschriftlich mehrere Beiträge über sie u.a. in der Frankfurter Rundschau. Wir haben dann gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt und mit Christel Priemer eine Schallplatte »Der Fall K – Geschichte einer Ohrfeige« produziert. Darauf werden die faschistischen Äußerungen des Kurt Georg Kiesinger, früher NSDAP, dann CDU und auch Bundeskanzler, dokumentiert. Und Beate legte dar, warum sie Kiesinger ohrfeigte. Sie beginnt mit den Worten: »Ich habe Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt, weil ich der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt beweisen wollte, dass ein Teil des deutschen Volkes, ganz besonders aber seine Jugend, sich dagegen auflehnt, dass ein

Nazi an der Spitze der Bundesregierung steht.«



Am 31. Januar in Essen: Beate Klarsfeld und Ulrich Sander, und Alice Czyborra (unten ein Foto aus dem VVN-Büro). Alice mag keine gestellten Fotos. Beate ist da ganz anders; ihr Selbstbewusstsein ist eine gefährliche Waffe. Fotos:

Eugen Randerath/Arbeiterfotografie



Die VVN-BdA hat mit ihr am selben Strang gezogen: Für ein demokratisches friedliches Deutschland ohne Einfluss alter und neuer Nazis. Mit der Kandidatur von Beate Klarsfeld wird ihr Kampf gewürdigt und zugleich erhält er neue Impulse.

Deutsche Renten für SS-Verbrecher im Baltikum und die Weigerung, die NS-Opfer in Griechenland und Italien zu entschädigen und die Täter zu bestrafen weisen ebenso auf weitere

antifaschistische Aufgaben hin wie der Terror der Neonazis im Lande. Wir freuen uns, dabei weiter mit Beate zusammenzuarbeiten. Am 18. März wie danach sollten wir sie unterstützen.

Als übrigens das Urteil vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag bekannt wurde, dass Deutschland nicht verpflichtet sei, die NS-Opfer aus Griechenland und Italien zu entschädigen, da schrieb Beate Klarsfeld mir: »Bitte teile mir mit, wie wir zusammen handeln können.« Das werde ich gerne tun. Die Kandidatur als Bundespräsidentin und die öffentliche Beachtung für Beate Klarsfeld kommen unserem Anliegen, die Schlussstrichmentalität hierzulande zu überwinden, sehr entgegen. So werden wir bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft darauf drängen, endlich die in Italien verurteilten deutschen Kriegsverbrecher abzuurteilen oder an Italien auszuliefern.

Zur viel gelästerten Aussichtslosigkeit der Kandidatur von Beate: Das ist keine neue Situation für sie. Sie hat 1969 aussichtslos für den Bundestag kandidiert. Aber sie tat es im Wahlkreis von Kiesinger und stellte immer wieder die Tatsachen über ihn in der Öffentlichkeit heraus. Als sie kürzlich in Essen bei einer Veranstaltung der VVN-BdA sprach, da geschah dies infolge einer Aktion vom vergangenen

Jahr. Wir entlarvten den Politiker der FDP Ernst Achenbach. Der hat Judendeportationen aus Frankreich organisiert, wie Serge und Beate Klarsfeld und die VVN nachwies. Der Rat von Essen lehnte es aber ab, die Wahrheit über Achenbach zur Kenntnis zu nehmen und ein Stück Vergangenheitsbewältigung zu leisten. Eine CDU-Abgeordnete forderte die VVN-BdA sogar auf, sich bei der Achenbach-Familie wegen des Antrags auf eine Mahntafel am FDP-Büro zu entschuldigen. Wenn es nach Achenbach gegangen wäre, dann wäre Alice als jüdisches Kind in den Tod abtransportiert worden; sie konnte aber in Frankreich bei Freunden versteckt werden. Wir haben von Serge und Beate Klarsfeld die Belege für die Schuld Achenbachs bekommen. Es war ihnen übrigens möglich, zu verhindern, dass Achenbach deutscher EWG-Kommissar wurde.

Beate und Serge Klarsfeld haben die Organisation »Söhne und Töchter des Holocaust« gegründet, und Alice und Freundinnen bauen die Gruppe »Kinder des Widerstandes« auf. Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit tut sich also auf.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA, von der NRW-Fraktion der LINKEN als Mitglied der Bundesversammlung 2012 gewählt.

Antifaschistische Nordkonferenz analysiert Rechtsentwicklung

Menschenfeindlichkeit als Meinungsfreiheit verkauft

Am Puls der Zeit war die Nordkonferenz auch am diesjährigen 25./26. Februar im Haus Heideruh in Buchholz. Mit Yves Müller, Mathias Wörsching (beide Verein für demokratische Kultur in Berlin) und Alexander Häusler (Arbeitsstelle Neonazismus FH Düsseldorf) standen am Samstag drei kenntnisrei-

Weltsituation. Der moderne Rassismus führt kulturelle religiöse Ausgrenzungsgründe an, ist vorwiegend gegen den muslimischen Teil der Bevölkerung gerichtet. Die Schweizer Kampagne gegen den Minarettbau wurde mehrfach in verschiedenen Bundesländern nachgeahmt, konnte aber aufgrund vehementer Ablehnung breiter Demokratieverbände keine Erfolge einfahren.

Im Anschluss fand eine spannende Diskussion um Handlungskompetenz in der Abwehr extrem rechter und faschistischer Propaganda und Aktivitäten statt. Anders als gleichgesinnte Bewegungen in den europäischen Nachbarländern vermögen sie die hohe Akzeptanz etlicher ihrer

Argumente nicht in Wählerstimmen umsetzen. Das geht vermutlich auf die immer noch recht hohe Tabuschwelle zurück, als Ergebnis der Niederlage des Faschismus und Rechtskon-



die Regierungen Syriens und Irans bemüht. Der Abend war gefüllt von Achim Bigus' Programm mit Liedern aus dem Spanischen Bürgerkrieg, das alle in Bann zog und zum Mitsingen einlud. Sonntagvormittag stand unter dem Vorzeichen einer Würdigung der Arbeit der VVN mit einem Bilder-Vortrag unseres Kameraden Ulrich Sander. Eine Öffnung der Vereinigung gegenüber der nachfolgenden Generation erfuhr die Organisation schon ab Ende der 50er Jahre mit der Einbeziehung der Kinder des Widerstands. Ausführlich wurde die Notwendigkeit der VVN-Gründung März 1947 in Frankfurt/Main belegt und die jahrelangen Versuche, sie zu verbieten und ihre Mitglieder durch Berufsverbote in ihrer Existenz zu beschneiden. Ihre antimilitaristischen Aktivitäten belegen, dass der Friedensarbeit durchgängig dieselbe Bedeutung zukommt wie der antifaschistischen Arbeit. Der

Kampf um gerechte Entschädigung für Haftschäden und Zwangsarbeit ist ein weiteres Feld politischer Tätigkeit der VVN.



servatismus im Zweiten Weltkrieg. Größere Ost-West-Unterschiede sind nicht zu erkennen. Sarrazins Thesen sollten zum Dammbuch werden, konnten aber nur begrenzt Wirkung entfalten und wurden durch die Morde in Norwegen und die Aufdeckung der sog. Zwickauer NSU-Zelle in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund gedrängt.

Es schloss sich ein Vortrag von Bernd Meimberg zur Zuspitzung der Sicherheitslage im Mittleren Osten an. Hingewiesen wurde auf die Propagierung eines Szenarios, wie es schon bei der Bombardierung Jugoslawiens und Libyens abgespielt wurde. Zu Unrecht wurde auch jetzt wieder die UN-Charta als Begründung für Kriegsvorbereitungen gegen



Zum Abschluss der diesjährigen Nordkonferenz wurden Festlegungen für die Arbeit bis zur nächsten Konferenz getroffen.

Raimund Gaebelin

Ernst Heilmann ging in den Ruhestand

Das langjährige Mitglied der VVN und der stellvertretende Landesbezirksleiter im ver.di-Bezirk Nord, Ernst Heilmann, geht in den Ruhestand.

Er wurde am 31.01.2012 durch Landtagspräsidentin Silvia Bretschneider und Hans-Ernst Böttcher, Präsident a.D. des Landgerichts Lübeck, im Schweriner Schloss in den Ruhestand verabschiedet. Ernst Heilmann ist der Enkel des in verschiedenen KZs langjährig eingekerkerten und später ermordeten Fraktionschefs der SPD im Preußischen Landtag gleichen Namens und hat im Faschismus den größten Teil seiner jüdischen Familie verloren. Ernst Heilmann hat sich für die finanzielle gewerkschaftliche Unterstützung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ eingesetzt und die Ausstellung gegen konservative Angriffe öffentlich verteidigt. Drei Konferenzen in Prora, mehrere Ratschläge gegen Rechts in Neubrandenburg und ein dreijähriges verdi-Programm gegen Rassismus in Betrieben Mecklenburg-Vorpommerns verdanken wir ihm.

Neofa-Ausstellung Aktuelle Termine und Bestellung



Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:

<http://neofa-ausstellung.vvnbd.de/termine/>

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.



che und engagierte Referenten zum Schwerpunkt Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus im politischen Raum zur Verfügung.

Deutlich wurde, dass die NPD und die mit ihr verbundenen Kameradschaften nicht das Monopol auf Verbreitung extrem rechten Denkens halten. Mit flächendeckender Verbreitung und ihrer militanten Vorgehensweise können sie allerdings derzeit weitaus größere Erfolge erzielen. Kulturell religiös daher kommende globalisierungsfeindliche Haltungen aus der Mitte der Gesellschaft bedienen sich allerdings auch anderer Varianten autoritätshörigen Staatsverständnisses. Bewegungen wie PRO-Deutschland, Schill-Partei, Bürger in WUT, Pro-DM, auch die REPs kommen als rechtskonservative Bewahrer daher und bestärken



Ängste vor einem Abstieg des kleinen Mittelstandes in einer veränderten

VVN-BdA-Kamerad sprach im Thüringer Landtag

Orientierung an künftige Generationen

Seit 1996 wird in der Bundesrepublik Deutschland der 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Im Thüringer Landtag wollte man in diesem Jahr Zeichen setzen, Zeichen der Erinnerung, der Demokratie und des gemeinsamen Bündnisses gegen Rechts. Es sprach ein Buchenwaldüberlebender, unser Kamerad der VVN-BdA Ottomar Rothmann. Er war am 3. November 2011 als Ehrenbürger der Stadt Weimar geehrt worden und wurde nun mit der Rede zum Gedenktag 27. Januar 2012 betraut. Mit bewegenden Worten kam er dieser Aufgabe im Plenarsaal des Thüringer Landtages nach.



Ottomar Rothmann am 27.1.2012 im Thüringer Landtag, links Ehefrau Christel
Bild: V. Hielscher

Er erinnerte an die Ereignisse vor Jahrzehnten, gedachte der Opfer und sendete seine Botschaft an die Nachgeborenen. Die Befreiung von Auschwitz war leider nicht das Ende der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland. Mit der Auflösung der Lager im Osten nahm der Terror im Reichsinneren eine gänzlich neue Form an. Wohin mit den Arbeitssklaven, den Häftlingen, den Kriegsgefangenen? Die SS, Polizei und Teile der Bevölkerung liquidierten Alte und Kinder, transport- und arbeitsunfähige Opfer in den aufgelösten Lagern und auf den Todesmärschen, deren Ziel die verbleibenden Konzentrationslager sein sollten. Diese wurden hoffnungslos mit den Todestransporten überfüllt.

Ottomar Rothmann erlebte als politischer Häftling im KZ Buchenwald die Ankunft der Häftlingskolonnen aus dem KZ Auschwitz/Birkenau, Groß Rosen und vielen mehr.

»Die ankommenden Kameraden befanden sich in einem unbeschreiblichen Zustand. Sie waren mit denkbar schlechtester Fußbekleidung über 100 km marschiert, dann in offene Güterwagen verladen worden, und drei Wochen in Schnee und Eis ohne Verpflegung unterwegs. Hunderte von Kollapsfällen, Hunderte erfroren, verhungerten.« So berichtet Rothmann. Und dann: »Fehlende Unterkunft, Mangel an Verpflegung führten zu Hunger und Tod. Keine oder fast keine Krankenversorgung, alles in allem eine katastrophale Lage. Die internationale Solidarität hinter Stacheldraht konnte diese furchtbare Situation nur lindern. Es waren an die 60.000, viele haben den 11. April, den Tag der Freiheit nicht mehr erlebt.«

Vom 27. Januar 1945 bis zur Befreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 waren es noch 74 Tage und Nächte des Mordens, des Hungerns, des Quälens, und des Sterbens.

Buchenwald unvergessen

»Oh Buchenwald ich kann dich nicht vergessen, weil du mein Schicksal bist. Wer dich verließ der kann es erst ermessen, wie wundervoll die Freiheit ist.« So heißt es im Buchenwaldlied.

Ja, so ist es wirklich, sagte Ottomar Rothmann. »Buchenwald kann man nicht vergessen, nicht die Qualen, nicht die Demütigungen, nicht die grauenvollen äußeren Umstände und Lebensbedingungen im Lager, nicht Krankheit und auch nicht den massenhaften Tod, nicht vergessen die Augen der Kinder von Buchenwald, die keine Tränen mehr hatten.«

Die Brücke der Erinnerung in seiner Rede war weit gespannt, von den Judenpogromen 1938, den Qualen und den verbrecherischen medizinischen Versuchen an Häftlingen in den faschistischen Konzentrationslagern, der »Endlösung«, der 6.000.000 jüdische Menschen zum Opfer fielen, bis hin zur Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Doch in all dieser Finsternis gab es auch Menschlichkeit, gab es

Solidarität und gab es Widerstand. Auch dies bedarf besonderer Würdigung. »Nichts von dem, was die Helden des antifaschistischen Widerstandes geleistet haben, war umsonst. Ihr Kampf, ihr Leiden, ihre Standhaftigkeit, ihr Opfer, ihre Erfahrung, ihr Mut - das war das



Ottomar Rothmann mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, links und Präsidentin des Thüringer Landtages, Birgit Dietzel, rechts.

Bild: M. Scheidel

wertvollste, was sie uns gegeben, was sie uns hinterlassen haben. Diese Aussage entspricht auch der Ehre und der Würde, die wir unseren gemordeten Kameraden schuldig sind. Auch sie haben ihren Beitrag zu dem weltgeschichtlichen Sieg des Jahres 1945 geleistet.«

Lehren für heute

Als Überlebender der faschistischen Gräueltaten benennt Ottomar Rothmann die Aufgaben seiner Generation und die Botschaft an die Nachgeborenen: »Unsere Aufgabe besteht darin, aus der Erinnerung an diese Verbrechen immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen. Es geht nicht darum, das Entsetzliche zu konservieren, sondern darum, Lehren zu ziehen, die auch künftigen Generationen Orientierung sind. Wir wissen, viele haben sich schuldig gemacht, aber die entscheidende Aufgabe ist es heute, eine Wiederholung - wo und in welcher Form auch immer - zu verhindern.« Wir müssen die Demokratie verteidigen. »Diese Tatsache verpflichtet uns insbesondere, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Dazu gehört die gemeinsame Verantwortung, den

sich in der Gegenwart mehrenden Ausschreitungen aktiv entgegen zu treten und die NPD zu verbieten.«

Der Redner weiter: »Der Blick in unsere Geschichte verpflichtet uns, alle Kraft gegen Neonazis, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz in jeder Form einzusetzen.«

Der Redner beeindruckte und wurde bei seinen ausklingenden Worten mit stehenden Ovationen im Thüringer Landtag bedacht, die seiner Person und dem Redeinhalt galten. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und die Landtagspräsidentin Birgit Dietzel bedankten sich herzlich bei Ottomar Rothmann. Internationale Gäste und Politiker sowie zahlreiche Abgeordnete des Thüringer Landtages suchten den Kontakt zu Ottomar, um die Gefühle, welche Ottomars Rede in ihnen anregte, auszusprechen und ihm zu danken.

Seine Worte sollen Richtschnur unseres Handelns sein.

Richard Häsler

Die gesamte Rede siehe

<http://weimar.vvn-bda.de/artikel/2012/20120127.html>

Dort sind auch weitere Informationen über die VVN-BdA Thüringen zu erlangen.

Redaktion: Richard Häsler.

Neonazistischer Terror aus Zwickau

Die Stadt reagiert auf den 4. November

4. November 2011: Zwei Männer überfallen eine Sparkasse in Eisenach und begehen Selbstmord, als sie die Polizei in einem Wohnmobil entdeckt. Im sächsischen Zwickau, Stadtteil Weißenborn, explodiert gegen 15:00 Uhr aus zunächst unbekanntem Gründen eine Doppelwohnhaushälfte und brennt anschließend aus, verletzt wird niemand. Schnell wird der Begriff der »Rechtsextremen Terroristischen Zelle Zwickau«, des »Nationalsozialistischen Untergrunds« in der Öffentlichkeit geprägt. Nahezu fassungslos nehmen die Zwickauer täglich neue Details zur Kenntnis.

Nicht nur die Verantwortlichen und die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zwickau, auch große Teile der Bevölkerung in der Bundesrepublik fragen sich, wie und weshalb die drei Täter jahrelang unerkannt in Zwickau untertauchen und dort leben konnten.

Zunächst, alle drei Täter stammen aus einer rechtsextremen Szene in Jena und kennen sich von dort bereits und haben zusammengelebt. Sie haben durchaus gute Beziehungen zu Rechten innerhalb des Freistaates Thüringen, aber auch darüber hinaus. Sie bleiben aber in all der Zeit nicht gänzlich unerkannt. Warum und weshalb, das wollen nun wohl endlich Ermittlungsbehörden des BKA sowie verschiedene andere Untersuchungsgremien herausfinden vielleicht könnte da auch geklärt werden, inwieweit auch Verfassungsschutz und Polizei selbst in den NSU verwickelt sind.

Moralisch gesehen gehört der Staat auch mit auf die Anklagebank,



Die VVN in Zwickau präsentiert: Der Nazi-Terror muss aufgeklärt werden

denn durch das Wegsehen und Schweigen, durch die Ignoranz und Inkompetenz verantwortlicher Stellen in verschiedensten Bereichen sind die Morde erst möglich gewesen.

Zwickauer Appell mit Leben füllen

»Viele Zwickauerinnen und Zwickauer sind sprachlos und betroffen, dass das rechte Mordtrio unbehelligt und scheinbar unbemerkt inmitten unserer Stadt gelebt hat. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern möchten wir den Opfern der braunen Mörder gedenken und zeigen, dass Zwickau keine Heimstätte rechtsextremen Terrors ist und dem braunen Gedankengut eine klare Absage erteilt. Überwinden wir gemeinsam unsere Sprachlosigkeit und senden von Zwickau aus einen klaren Appell für Demokratie und Toleranz!«

Etwa 3.000 Bürgerinnen und Bürger folgten diesem »Zwickauer Appell« - einem Aufruf der Stadt Zwickau und des DGB auf dem geschichtsträchtigen Zwickauer Georgenplatz und setzen damit ein Zeichen: »Unsere Stadt hat Nazis satt!« Mit einer Kundgebung

wurde der Opfer des Neonazi-Trios gedacht, das jahrelang unentdeckt in Zwickau gelebt hatte und für insgesamt zehn Morde an Migranten und einer Polizistin verantwortlich gemacht wird.

Von der Bühne sprachen DGB-Regionschefin Sabine Zimmermann (DIE LINKE), Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD), Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Superintendent Eberhard Dittrich mit sehr unterschiedlichen Interpretationen zu den Teilnehmern.

Insbesondere die Fragen in der Rede der Oberbürgermeisterin »Haben wir etwas falsch gemacht? Haben wir uns zu wenig für Demokratie und Toleranz engagiert? Waren wir auf dem »rechten Auge« blind?« wurden doch von den anwesenden Teilnehmern sehr unterschiedlich bewertet.

»Es muss Schluss sein mit Wegsehen und Verharmlosen«, war ein weiterer, von allen Rednern geäußelter Satz. Er kam an diesem Abend von Menschen, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit zum »Ignorieren« von Nazi-Aufmärschen »mit aller Konsequenz« aufriefen, die lieber »laut, unübersehbar wegsehen« wollten, die von vornherein auf Verbotsanträge verzichteten.

Im Zusammenhang mit der von den Vorrednern in Frage gestellten Schuld der Zwickauer Bürger, verwies der evangelische Superintendent Dittrich auf die Tatsache, dass ein stadtbekannter Rechtsextremist erst Landtagsabgeordneter der NPD werden konnte und nun demokratisch gewählter Zwickauer Stadtrat ist. Sein Aufruf zum Nachdenken ist offensichtlich berechtigt. Doch

seiner Meinung, den anwesenden Stadtrat Klose den Frau Zimmermann gerade des Platzes verwiesen hatte doch auf die Bühne zu bitten und ihm das Mikrofon zu einer Stellungnahme zur Verfügung zu stellen, schlug ebenso berechtigt lautstarker Protest entgegen.

Auch im Bündnis für Demokratie und Toleranz der Region Zwickau selbst scheint man noch nicht ganz einig zu sein, wie man sich zu den Regierenden stellt. Abgesehen von einer Erklärung nimmt man es eben offenbar als gegebene Sache hin, dass die jetzt so heftig gescholtene Bundesfamilienministerin Gelder für den Kampf gegen Rechts abzog, um den Kampf gegen Links zu verstärken. Man nahm es hin, dass es Regelüberprüfungen aller Initiativen durch den Verfassungsschutz geben sollte, die staatliche Fördergelder bekommen. Man nahm die sogenannte »Extremismusklausel« bzw. »Demokratie-Erklärung« hin, für deren Durchsetzung in Sachsen der Innenminister Ulbig verantwortlich zeichnet. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag sprach von »staatlicher Anti-Antifa-Politik«, die »Wasser auf die Mühlen der Nazis« sei.

»Das Gewissen darf mit diesem Abend nicht beruhigt sein«, forderte Superintendent Dittrich. Das ist wohl wahr.

Abschließend bleibt festzustellen: Deutschland hat offensichtlich ein Problem mit Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus – nicht nur eine Stadt oder ein Bundesland und erst recht nicht nur der »Osten«. Politik und Behörden haben die Gefahr von rechts über Jahrzehnte verharmlost und ignoriert. Übergriffe auf Andersdenkende wurden zu oft als Gewalt unter Jugendlichen abgetan. Warnungen von Engagierten im Kampf gegen Rechtsradikalismus wurden zu oft nicht gehört oder als Panikmache abgestempelt. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse blieben zumeist ungehört.

Uwe Adamczyk, Zwickau



Politiker, Gewerkschafter und Kirchenvertreter sprachen auf der Kundgebung

V. i. S. d. P.: Peter Giersich
 Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
 VVN-BdA Sachsen
 Wettiner Platz 10
 01067 Dresden
 E-mail:
vvn-bda-sachsen@t-online.de

Authentische Erinnerungsarbeit: Immer noch als Zeitzeuge aktiv

Resistancekämpfer Hans Heisel wurde 90

Seinen 90. Geburtstag beging am 6. März ein Mann aus der Gründergeneration der VVN: Hans Heisel, deutscher Widerstandskämpfer in der französischen Resistance, heute in Frankfurt am Main lebend.

Hans Heisel ein aufgeschlossener Mensch war, den Kontaktverbote wenig interessierten, entwickelten sich aus der Kundenbeziehung recht bald nähere und schließlich

freundschaftliche Beziehungen. Beide Franzosen standen in Verbindung zur französischen Widerstandsbewegung und wirkten dementsprechend auf Hans Heisel ein.

Diese Beziehungen als auch das, was er als Soldat der Besatzungsmacht selbst erlebte und erfuhr, politisierten ihn und ließen ihn zum aktiven Nazigegner werden, bis hin zum Eintritt in die Kommunistische Partei – als Soldat mitten in Paris. Dieser mit vielen Widerstandshandlungen und Gefahren verbundene Weg führte ihn schließlich, nach seiner Desertion, mitten in die französische Widerstandsbewegung Resistance.

Er gehört zu denen, deren Lebensweg und Erlebnisse junge Menschen sehr beeindruckt, wenn sie davon erfahren. Das ist zu erleben, wenn Hans Heisel vor Schulklassen, Jugendgruppen oder in Veranstaltungen als Zeitzeuge auftritt und von seinem Leben und seinem Kampf berichtet. In seiner eher leisen, liebenswürdigen Art, zuweilen mit trockenem Humor gewürzt, gewinnt er schnell das Interesse und die Sympathie der Zuhörerinnen und Zuhörer.



Hans Heisel

Foto: Dietmar Treber

Über diese seine Lebensgeschichte und seinen Kampf ist bereits in mehreren Publikationen und Fernsehsendungen insbesondere des deutsch-französischen Senders ARTE berichtet worden. Hans Heisel selbst berichtet auch heute noch vorwiegend vor jungen Menschen, in Schulen, vor Jugendgruppen und in Veranstaltungen aus seinem Leben und von seinen Erfahrungen. Durch diese authentische Erinnerungsarbeit trägt er dazu bei, vor allem junge Menschen zu motivieren, bereit zu sein, Entwicklungen zu Faschismus und Krieg abzuwehren.

Am 6. März 1922 in Leverkusen geboren, entschloss sich Hans Heisel als junger Mann zur Handelsmarine zu gehen, glaubend, dass ihm damit die Welt offen stehe. Doch die Kriegspläne der Nazis brachten ihn stattdessen zur Kriegsmarine. In deren Reihen gelangte er nach Paris, wo er als Funker in der dortigen Außenstelle des Marineministeriums Dienst zu leisten hatte.

Politische Freundinnen und Freunde des Jubilars haben sich entschlossen, mit einer Politischen Geburtstagsnachfeier ihrem Freund Hans Heisel für seine Leistungen und Verdienste, für seine Treue zur Bewegung, seine immer noch andauernde Bereitschaft, als Zeitzeuge zu berichten und so junge Menschen zu einem engagierten Verhalten zu motivieren, ganz herzlich zu danken und ihm weitere angenehme und gesunde Lebensjahre zu wünschen.

Aus einfachen Verhältnissen und einem unpolitischen Elternhaus kommend, kam er erst in Paris mit politisch denkenden und handelnden Menschen in Kontakt. Dazu gehörten sowohl ein Kamerad im Marinestützpunkt selbst als auch ganz besonders zwei Franzosen, ein Friseur und ein Schneider, die er als Kunde kennen lernte. Da

Peter C. Walther

Information und »Beruhigung« vom Polizeipräsidium:

Auch VVN Hessen auf den Neonazi-Terrorlisten

Auf den Listen der Neonazi-Mord- und Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« befinden sich nach Medien- und Behördenberichten auch achtzig Institutionen, Gruppierungen und Organisationen allein aus dem Raum Frankfurt am Main.

und ebenso bundesweit Helfer und Unterstützer besessen haben muss. Das Frankfurter Polizeipräsidium hat eine Reihe von Betroffenen - darunter vierzig muslimische Einrichtungen und Institutionen - über das Auffinden »umfangreicher Daten über Personen und Institutionen« unterrichtet.

vereinigung der VVN-BdA Hessen sowie das Landes- und Kreisbüro der VVN in Frankfurt am Main.

In dem Schreiben heißt es gleichzeitig, »nach Bewertung des Bundeskriminalamtes« lägen »derzeit keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Auflistungen im Zusammenhang mit Anschlagplanungen stehen könnten«. Dennoch wolle man, so weiter, die Betroffenen »vorsorglich über diesen Sachverhalt« informieren.

Zu weiterem Aufsehen und Empörung kam es, als bekannt wurde, das ein Polizeibeamter die Vorsitzende der ebenfalls betroffenen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt mit den Worten beschied, sie solle sich auf die Nennung ihrer Institution »nichts einbilden« und auch damit »nicht angeben«, schließlich sei sie »nur eine von zehntausend« betroffenen Institutionen deutschlandweit.

P.C. Walther

Als Betroffene informiert wurden mit einem Schreiben des Frankfurter Polizeipräsidenten auch die Landes-

Willi van Ooyen über seine Antinaziaktivitäten Von Widerstandskämpfern geprägt

Weil sie im Februar 2010 in Dresden ebenso wie Tausende andere Nazigegner gegen den Neonaziaufmarsch aufgetreten sind und Blockadeversuche unterstützt haben, wurden die beiden Vorsitzenden der Linksfraktion im hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, von Sachsens Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft zu »Rädelsführern« erklärt und einem Klageverfahren unterzogen. Der dazu notwendigen Aufhebung der Abgeordnetennimmunität stimmte die CDU/FDP-Mehrheit im hessischen Landtag willfährig zu.

In einer Persönlichen Erklärung beleuchtete Willi van Ooyen die Motivation seines Auftretens gegen die Neonazis:

»Widerstandskämpfer, die KZ und Gefängnis durchlitten oder auch international gegen Besatzung und Krieg gekämpft haben, haben mich geprägt. Mit Menschen wie Peter Gingold (aus der französischen Resistance), mit Emil Carlebach (KZ Buchenwald und Mitverfasser der Hessischen Verfassung), aber auch mit Horst Symanowski und Martin Niemöller war ich freundschaftlich verbunden«.

Und dann zitiert er Niemöllers Worte: »Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Van Ooyen wies zugleich auf den politischen Hintergrund der Kriminalisierungsbestrebungen der sächsischen Justiz hin:

»In gleicher Sache wurden die Verfahren gegen andere Parlamentarier – auch aus unserer Fraktion – ohne Auflagen eingestellt. Ich verweise ausdrücklich auf die bemerkenswerte Begründung dieser und anderer Einstellungen, nach der die Betreffenden sittlich-moralisch positiv gehandelt hätten und kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung bestehe...«

Abgerundet wird das Ganze durch das erfreulich offener Geständnis der Staatsanwaltschaft, dass wir einzig und allein wegen unserer herausragenden Rolle als Fraktionsvorsitzende angeklagt werden sollen. Genau das aber ist eklatant rechtswidrig, denn im Strafrecht zählt die konkrete Tat und nicht die Funktion eines Beschuldigten.«

pcw

Ein außerordentlich breites Aktionsbündnis »bunt statt braun« in Stadt und Land

Als Reaktion auf die Mordserie der Neonaziterrorgruppe NSU hat sich im Stadt- und Landkreis Offenbach das Aktionsbündnis »bunt statt braun« gebildet. Neben engagierten Bürgern gehören ihm mehrere Kommunen, Ausländerbeiräte, Gewerkschaften, Vereine, Institutionen, Glaubensgemeinschaften sowie bereits bestehende Bündnisse, darunter auch das der VVN-BdA an.

Es sei »Zeit zu handeln«, heißt es in einer Erklärung des Akti-

Konferenz in Kassel: Zusammenhänge wurden sichtbar

Rechte Gefahr aus der »Mitte«?

Unter dieser Überschrift »Rechte Gefahr aus der »Mitte«?« lud die Partei DIE LINKE Anfang Februar zu einer Konferenz nach Kassel ein. Die Kreisvereinigung der VVN nahm die Einladung an und präsentierte sich mit einem Informationsstand mit nonpd-Material und der Neofaschismus-Ausstellung.

Zielsetzung der Konferenz war es, den Zusammenhang zwischen neofaschistischen Gruppen und Gewalttaten sowie etablierten rechten Parteien, staatlichen Institutionen und ideologischen Strömungen nachzuzeichnen.

In den Beiträgen der Referenten ging es um die politische und organisatorische Struktur der extrem rechten Kräfte in Nordhessen, dann um die Rolle der staatlichen Organe Polizei und Verfassungsschutz bei der Verfolgung und Ermittlung gegen Rechtsterrorismus (»NSU«). Aber auch das ideologische Moment, die Bestimmung der faschistischen Herrschaft in Deutschland von ihrem selbstgewählten Anspruch als »Volksgemeinschaft« und die daraus resultierenden Verfälschungen der Geschichte wurden thematisiert.

Ausgehend vom antikommunistischen Konsens der Herrschenden nach 1945 wurde abgeleitet, dass das »Feinbild Linke« keine aktuelle politische Entscheidung ist, sondern Grundproblem der dem hessischen Innenministerium unterstellten Sicherheitsorgane.

Offenheit nach Rechts ist auch in der gegenwärtigen Regierungspartei CDU festzustellen. Basierend auf der Untersuchung des »braunen Erbes« innerhalb der hessischen CDU wurden verschiedene Beispiele vorgestellt, die die ideologische und praktische Beziehungsnähe zu extrem rechten Positionen bis heute belegen. Natürlich durfte auch das Thema »Rechtspopulismus als Instrument neoliberaler Politik in Europa« nicht fehlen. Erlebt man doch, in welchem Maße solche rassistischen und populistischen Mobilisierungen zu einer Verschiebung in der Werteskala des europäischen Grundkonsenses beitragen.

In den Referaten und der lebendigen Debatte wurden natürlich auch die Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Kräfte thematisiert. Es war eine inhaltlich sehr spannende und anregende Konferenz, der man allein mehr Teilnehmende gewünscht hätte.

Ulrich Schneider

Entschuldigung

Wegen eines Kommunikationsmangels innerhalb der Länderseiten-Redaktion sowie zwischen Länderseiten- und Zentralredaktion kam es in der vorigen Ausgabe zum dreifachen Abdruck des selben Bildes. Das lag nicht am Hessenseiten-Redakteur.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der
VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax:
069 / 5 97 05 24,

Wir bitten um Spenden für
den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602, BLZ 500 100 60

Änderung in Arolsen

Aus dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen zieht sich das Rote Kreuz Ende des Jahres zurück. Dann soll das Bundesarchiv institutioneller Partner des ITS werden.

onsbündnisses. »Wir dürfen nicht mehr einfach schweigend zusehen und menschenverachtende Gesinnung nicht hinnehmen.« Das Aktionsbündnis will sich einsetzen »für mehr Toleranz, Kulturvielfalt, Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Respekt und Würde für alle gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten«.

Als erste Aktion fand am 23. Februar, dem Tag der Bundes-Gedenkveranstaltung für die Opfer der Nazimörderbande, unter starker Beteiligung eine Demonstration durch Offenbach statt.

Bundesarchiv-Präsident Hollmann versprach, dass der Zugang zu den rund 30 Millionen Dokumenten aus KZs sowie über Zwangsarbeit und Deportierte gesichert werde.

Demos und Kundgebungen zum 27. Januar

VVN immer aktiv dabei

Eine mitprägende Rolle spielte in Südhessen die VVN-BdA bei mehreren Veranstaltungen zum Internationalen Holocaust-Gedenktag an die Opfer des Naziregimes Ende Januar. In der südhessischen Kreisstadt Groß-Gerau fand die bereits traditionelle Kundgebung am VVN-Gedenkstein vor dem alten Jüdischen Friedhof statt, gemeinsam durchgeführt von VVN-BdA, DGB und Evangelischem Dekanat.

In Rüsselsheim kam es am nächsten Tag zu einer Demonstration und Kundgebung mit Unterschriftensammelaktion unter den von der VVN initiierten Aufruf für das NPD-Verbot »Jetzt aber richtig!«. Hier war der Veranstalter ein Bündnis aus sechzehn Gruppierungen und Organisationen, darunter DGB, VVN und Ausländerbeirat.

In Frankfurt am Main kam es am selben Tag zu einer Demonstration mit Kundgebungen unter dem Motto »Staatliche Unterstützung für Nazis beenden – Verfassungsschutz auflösen«.

Veranstalter war das Netzwerk Frankfurter Antifaschisten, einer der Unterstützer die VVN.

Interesse und Zuspruch

Bayerischer Auftakt für neue nonpd-Kampagne

NPD-Gegner erhielten viel Beifall für Kampagne. Antifaschisten sammelten Unterschriften für ein Verbot der Partei – und die Abschaffung des »V-Leute-Unwesens«, war Ende Januar in der Mittelbayerischen Zeitung zu lesen. Die bayerische VVN-BdA hatte ihre Jahresanfangs-Landesvorstandssitzung in Regensburg um eine öffentliche Kundgebung zum Auftakt der neuen nonpd-Kampagne erweitert.

Zwar setzte pünktlich zu Kundgebungsbeginn ein wildes Schneegestöber ein, das tat aber weder der Veranstaltung Abbruch noch der Resonanz bei Engagierten aus Regensburg, die zahlreich erschienen waren. »An die hundert Zuhörer sammelten sich am Samstag während der Rede von Luise Gutmann, der Vorsitzenden des VVN-BdA Regensburg, beim Karavan-Denkmal« berichtete die Zeitung und fuhr fort: »Gutmann forderte die Abschaffung des V-Leute Unwesens. V-Leute funktionierten

nur in eine Richtung: »Sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und offensichtlich auch mit Informationen.« Erkenntnisse, die nicht auch mit wissenschaftlichen oder journalistischen Methoden gewonnen werden könnten, lieferten sie nicht.«

Berichtet wurde im MZ-Artikel von großer Zustimmung bei den Zuhörern. Und zur Unterschriftenaktion hieß es: »Indessen ließ Helga Hanusa Passanten auf einer Liste für eine Abschaffung der NPD unterzeichnen. Die Aktion sei ein gutes Mittel, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, erklärte Hanusa. Und es sei dringend nötig, ein Zeichen in Richtung Politik zu setzen: Die müsse jetzt alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen.«



Gemütlich geht anders. Das Schneegestöber nahm während der Kundgebung am Regensburger Neupfarrplatz beachtlich zu.

Foto: privat

Amtliche Bus-Blockade?

Gewerkschaft protestiert gegen Polizeimaßnahme

Vier Busse, organisiert von ver.di Nürnberg, waren unterwegs nach Dresden, um am 14. und 18. Februar die Proteste gegen die Nazi-provokationen zu unterstützen. Im Vorfeld allerdings hatte es große Irritationen gegeben. Ein regionales Busunternehmen war plötzlich vom bereits abgeschlossenen Beförderungsvertrag zurückgetreten. Die Gewerkschaft dazu in einer Presse-Erklärung:

»Als Grund gab der Busunternehmer an, dass er einen Anruf von der Polizei Fürth erhalten habe. Es sei demnach in Dresden Randalen zu erwarten und er möge sich doch überlegen, ob er uns wirklich transportieren wolle. Dieser Anruf erfolge vorsorglich bei allen Busunternehmen der Region.«

ver.di-Organisator Ulli Schneeweiß zu den Warnrufen der Fürther Polizei bei Busunternehmen.

»Wir befürchten, dass diese den Zweck verfolgt haben, uns in der Wahrnehmung unseres Grundrechtes auf Demonstrationsfreiheit gegen Nazis zu behindern.«

Die Gewerkschaft will die Sache nicht auf sich beruhen lassen. »Wir haben bei Herrn Polizeipräsidenten Johann Rast Fachaufsichtsbeschwerde eingereicht, die hoffentlich auch klären wird, ob es sich hier um einen Fürther Alleingang oder um eine konzertierte Aktion der mittelfränkischen oder bayerischen Polizei gehandelt hat. Zugleich werden wir aber auch den vertragsbrüchigen Busunternehmer in Regress nehmen. Durch seine Absage sind uns schließlich Mehrkosten in Höhe von 936,00 € entstanden«, kündigt Schneeweiß an.

Kein Service für Rassisten

Ein nützlicher Gastronomie-Ratgeber

Über die Initiative »Keine Bedienung für Nazis«, die sich im Sommer 2010 in Regensburg nach einem rassistischen Überfall auf ein Lokal und dessen Barkeeper gebildet hatte, wurde in der antifa mehrmals berichtet. Über 130 Gastronomen hatten sich schließlich damit solidarisiert, an den Eingängen von mehr als 50 Lokalen der Stadt klebt inzwischen der Sticker »Rassisten werden hier nicht bedient«.

Inzwischen hat die Initiative eine 16-seitige illustrierte Broschüre herausgegeben, einen »Ratgeber für die Gastronomie«, der eine Fülle von Informationen enthält, die weit über Regensburg hinaus eine Hilfe für Gaststättenbetreiber sein können: Woran erkennt man Nazis, welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, wie

können sich Betreiber und Personal eines Lokals verhalten?

Die Broschüre ist nicht zuletzt hilfreich für Organisationen und Initiativen, die mit Wirten und Personal an ihren Heimatorten Kontakt aufnehmen wollen, wenn (oder besser noch: bevor) sich Rassisten und Nazis in örtlichen Kneipenszenen breit machen wollen. E.A.

Zu beziehen über:
Arbeit und Leben Bayern,
Antonie-Pfülf-Haus,
Richard-Wagner-Straße 4,
93055 Regensburg,
Tel. 0941-46447765.

Späte Ehrung für Christoph Probst

Erinnerungen an den »Weiße-Rose«-Kämpfer in Murnau



Informationstafel zum Lebensweg von Christoph Probst auf der Murnauer Ludwigshöhe. Foto: -ele-

In Ludwigshafen und Gilching sind Schulen nach dem Mitglied der Widerstandsgruppe »Weiße Rose«, Christoph Probst, benannt. In Innsbruck, wo er verhaftet wurde, trägt ein Platz seinen Namen. In Murnau, wo er am 6. November 1919 geboren wurde, ist 1983 nur eine kleine Straße nach ihm benannt worden.

Auch im hiesigen Gymnasium wird an ihn erinnert, ebenso wie in der Internatsschule Marquartstein im Chiemgau, die er besucht hatte.

Das Werdenfeller Bündnis gegen Rechtsextremismus wollte den 24-jährigen Medizinstudenten, der zusammen mit Hans und Sophie Scholl zum Tode verurteilt und am 22. Februar 1943 hingerichtet wurde, mehr ins Licht der Öffentlichkeit

seines Geburtsortes rücken und organisierte dazu 2010 eine ganze Veranstaltungsreihe. Auch im Ortsbild der Marktgemeinde erinnert inzwischen auf Initiative des Bündnisses einiges mehr als in den Jahren zuvor an den Widerstandskämpfer.

Schon in der Ortsmitte im Kultur- und Tagungszentrum wird Probst mit einem großen Porträtfoto geehrt. Vor dem Zentrum zeigt ein Wegweiser den Fußweg zum Christoph-Probst-Geburtshaus am Ortsrand an.

Am Haus in der Kohlgruber Str. 20, etwas hinter der Ludwigshöhe versteckt, erinnert eine Bronzetafel an den von den Nazis Ermordeten. Direkt an der Kohlgruber Straße steht jetzt ein Gedenkstein für ihn und auf der Ludwigshöhe informiert eine Tafel mit Bildern und Text über seinen Lebensweg. -ele-

»Rast im Knast« bei der Gestapo

VVN-BdA protestiert gegen Tourismus-Projekt in Amberg

Weit über die Stadt Amberg hinaus fand eine Presse-Erklärung der VVN-BdA Bayern ein Echo. Wie sich die Sache weiter entwickeln wird, war bei Redaktionsschluss dieser antifa noch nicht abzusehen. In der Erklärung vom 20. Februar heißt es:

»Mit Empörung reagiert die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten Bayern auf die Meldung, dass im Oktober 2012 in der Fronfeste Amberg ein Erlebnis-Hotel Rast im Knast eröffnet werden soll.

Die Fronfeste diente 1933 bis 1945 als Gefängnis der Gestapo, hier wurden zahlreiche Opfer des Naziregimes eingesperrt. Nach der Pogromnacht 1938 wurden Amberger Juden, darunter der Rabbiner Leopoldt Godlevsky dort interniert, auch sozialdemokratische und kommunistische Widerstandskämpfer wurden hier eingesperrt, in der Fronfeste fanden Folterungen und Hinrichtungen statt.

Die VVN, in der KZ-Überlebende wie Ernst Grube (KZ Theresienstadt), Lina Haag (KZ Lichtenburg), Hugo Höllenreiner (u. a. KZ Auschwitz-Birkenau und Mauthausen) und Martin Löwenberg (KZ Flossenbürg und Leitmeritz) organisiert sind, fordert daher, auf die Nutzung der Fronfeste als Hotel zu verzichten und die laufenden Planungen einzustellen. Landesgeschäftsführer Dr. Guido Hoyer: »Ein Ort des Nazi-

Terrors als »Erlebnis-Hotel« – das ist eine Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes.«

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

März

Ludwig Fraundorfer, Neubiberg, 90 Jahre; Anni Multerer, Bad Wörishofen, 86 Jahre; Johann Georg Neundorfer, Bamberg, 83 Jahre; Renate Müller, München, 82 Jahre; Werner Grube, München, 82 Jahre; Heinz Tischer, Bayreuth, 82 Jahre; Alfred Engelhardt, Nürnberg, 75 Jahre; Wilfried Lux, Amberg, 75 Jahre; Hiltraud Wurm, Wildenroth, 70 Jahre; Rudolf Graichen, Obing, 70 Jahre.

April

Viktoria Kern, Penzberg, 85 Jahre; Ilona Denke, München, 83 Jahre; Charles Zintl, Dießen, 70 Jahre; Ursula Unger, Peißenberg, 65 Jahre; Georg Neubauer, Nürnberg, 65 Jahre; Christine Fabritius, Regensburg, 60 Jahre; Rosi Mittermaier-Mühdorfer, München, 60 Jahre.

Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Mittenwald: »Namen statt Nummern«

Ausstellungseröffnung mit Maurice Cling und Ernst Grube

»Wie oft Maurice Cling über sein Martyrium gesprochen hat – er weiß es nicht. Doch die Erinnerung lässt ihn auch knapp 67 Jahre später nicht los. Nach seiner viel beachteten Rede geht der 82-Jährige zurück an seinen Platz in der ersten Reihe.

Er kämpft um Fassung. Dann übermannt es den hünenhaften Franzosen. Er vergießt bittere Tränen, als er an Auschwitz, Dachau, den Nazi-Terror und seine ermordete Familie denken muss.«

Mit diesen Sätzen leitet die Münchner-Merkur-Regionalausgabe einen Bericht über eine ungewöhnliche Ausstellungseröffnung im oberbayerischen Mittenwald ein. Maurice Cling und Ernst Grube sind an die dortige Mittelschule gekommen, um die Eröffnung der Wanderausstellung »Namen statt Nummern« zu begleiten.

Vorgestellt werden Biographien aus dem Dachauer Gedächtnisbuch, »die Individuen hinter anonymen Zahlen sichtbar gemacht«, wie Klaus Schulz, Diakon der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte

Dachau und Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau, erläutert.

Eine »mitreißende Dokumentation« schreibt die Zeitung und würdigt die Folgelebensbiographien der beiden Zeitzeugen. Für Maurice Cling endete sie damals als »Todesmarsch«-Überlebender. In Mittenwald.

»Erinnern verlangt Wissen, Erinnern verlangt Handeln«, rief KZ-Überlebender Ernst Grube den rund 200 Zuhörern, darunter viele Schüler, in der Aula entgegen«, zitiert die Zeitung dann den bayerischen VVN-Landessprecher.

Erfolgreiche landesweite Antifa-Konferenz

Schritte zur Gemeinsamkeit der demokratischen Antifa-Kräfte in NRW

Zweihundert Aktive aus deutlich mehr Verbänden als in den Vorjahren trafen sich am 27. Januar zur 30. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in Dortmund. Der Wunsch nach mehr Kooperation stand dabei im Vordergrund. »Was kann es für Gründe geben nicht miteinander zu reden, die schwerwiegender sind als die Opfer der NSU«, so die Erkenntnis eines Teilnehmers.



U. Schneider Foto: J. Vogler

Wenn der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen habe, dann sei er überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann müsse man nicht nur seine V-Leute abschalten, »sondern den ganzen Verfassungsschutz auflösen«, forderte Ulrich Schneider, Generalsekretär der Föderation des Internationalen Widerstandes, der Hauptredner der Veranstaltung.

Die neue Kampagne »NoNPD« der Vereinigung der Verfolgten des

Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) könne dazu dienen, die gesellschaftliche Stimmung sichtbar zu machen, so Schneider weiter. Er forderte zu direktem Widerstand gegen die bevorstehenden Naziaufmärsche auf. Sich international vernetzen und damit den gemeinsamen antifaschistischen Widerstand in Europa weiter entwickeln, darauf verwies Schneider zum Schluss.

Die Konferenz, initiiert von der VVN-BdA war gut besucht wie lange nicht. Die Stadt Dortmund schickte ihren Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Superintendent i.R. Hartmut Anders-Hoepgen. Jutta Reiter, Regionalvorsitzende des DGB, unterstrich in ihrem Grußwort den Willen zur Kooperation.

In mehreren Workshops setzten die Veranstalter weitere Akzente. Unter dem Motto »Kein Werben fürs Sterben« diskutierten VVN-BdA-Bundessprecher Ulli Sander und Joachim Schramm (DFG-VK) mit der Landeschülervertretung, wie »Bundeswehreinsetze an Schulen



30. landesweite Konferenz NRW 2012

Foto: J. Vogler



Jutta Reiter

Foto: J. Vogler

und Hochschulen« gestoppt werden könnten. Den Alltagsrassismus am Beispiel der Roma in NRW thematisierte Iris Biesewinkel vom Kölner ROM e.V.

Den Umgang mit der Gewalt der Faschisten beschäftigte die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Linke), gemeinsam mit einem Vertreter der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Dortmund. »Das einzige, was hilft, ist Öffentlichkeit«, sagt Jelpke. »Die schrecklichen Taten der NSU haben die Szene nicht resignieren lassen.«

Falk Mikosch

Wird auch das Krankenhaus umbenannt?

Walter-Krämer-Platz am Kreisklinikum in Siegen-Weidenau

66 Jahre nach dem ersten Antrag an den Rat der Stadt Siegen, einen Straße oder einen Platz nach Walter Krämer zu benennen, steht nun die Verwirklichung dieser Forderung bevor, die besonders von der VVN-BdA immer wieder erhoben wurde. In einer Erklärung der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein zur Benennung des Platzes vor dem Kreisklinikum in Siegen-Weidenau nach Walter Krämer, dem von den Nazis ermordeten »Arzt von Buchenwald« heißt es:

»Wir möchten allen Beteiligten am Zustandekommen des nun vorliegenden Kompromisses unseren herzlichen Glückwunsch zum Ausdruck bringen. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Idee der Benennung des Platzes vor dem Kreisklinikum für eine ausgezeichnete Idee halten. Wir sehen darin auch einen vorläufigen Höhepunkt unserer langjährigen Bemühungen um eine angemessene Würdigung der Verdienste des Kommunisten Walter Krämer in seiner Heimatstadt Siegen.«

Bedauert wird, dass nicht auch das Klinikum nach Walter Krämer benannt wird und auch die Adresse des Klinikum nicht Walter-Krämer-Platz lauten soll. Wörtlich heißt es:

»Durch die Änderung der Anschrift des Kreisklinikums würde eine repräsentative, würdige Einheit von Platz und Gebäude entstehen, die die Verbundenheit der Stätte der Ehrung mit dem Wirken Walter Krämers im Häftlingskrankenbau des Konzentrationslagers Buchenwald in ganz besonderer Weise zum Ausdruck bringt. Nach all den

jahrzehntelangen Schmähungen halten wir die Umsetzung auch dieser Forderung für angebracht, wäre doch auch die Forderung nach Benennung des Kreisklinikums aus unserer Sicht angemessen.«

Es tue gut, solche Sätze zu lesen wie »Krämer hat das Lebensrecht aller Menschen verteidigt.« wie Rikola-Gunnar Lüttgenau von der Gedenkstätte Buchenwald es in Siegen formuliert habe. **P. E.**

Ausführliche Breichte zu dieser Seite:
www.nrw.vvn-bda.de

»Linksextremisten« trafen sich vor dem Industrieclub in Düsseldorf

Erinnerung an Hitlers Treffen mit der Industrie vor 80 Jahren

Vorm Düsseldorfer Industrieclubgebäude und im Linken Zentrum in Oberhausen haben Redner aus der SPD, den Linken und der VVN-BdA zur Mahnung und Erinnerung an den 26. Januar 1932 gesprochen, an dem Hitler sich Zustimmung von der Industrie holte. In seinen Ausführungen wies VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander nach, dass derzeit alle seriösen Historiker wieder eindeutig von der Schuld, wenigstens Mitschuld der Großindustrie und Finanzwelt Deutschlands an Faschismus und Krieg sprechen. Er legte dazu Auszüge aus der wissenschaftlichen Literatur vor.

Der deutsche Faschismus als eine Hervorbringung des deutschen

Kapitalismus sei eine Tatsache. Spätestens am 26. Januar 1932 wurde die Grundlage dazu im Industrieclub in Düsseldorf gelegt, als Hitler seine Pläne vor über 500 Bankern und Industriellen ausbreiten durfte und auf viel Zustimmung stieß. Es sei dem bayerischen Verfassungsbericht vorbehalten, etwas zu behaupten, wo von einer verfassungsfeindlichen Dimitroff-These die Rede ist, der die Linksextremisten anhängen. So konnte Bundessprecher der VVN-BdA Ulrich Sander den vielen anwesenden Gewerkschaftern, Linken, Sozialdemokraten und Kommunisten sowie VVN-BdA-Mitgliedern am Abend des 26. 1. 12, am 80. Jahrestag des Treffens im Industrieclub, ironisch vorhalten, sie seien hier im Linksextremismus vereint. In seiner Rede wie etwas später in einem Vortrag auf einer



Vor dem Industrieclub

Veranstaltung in Oberhausen wies er dann nach, dass derzeit wieder alle seriösen Historiker eindeutig von der Schuld der ökonomischen Eliten sprächen. In Düsseldorf wie Oberhausen wurde an jenem Tag zweierlei angekündigt: Anträge an die Stadt, belastete Straßennamen zu ändern und vor allem, eine Tafel mit Erklärungen am Industrieclubgebäude in Düsseldorf anzubringen.

Zudem wurde auf das Anfang April erscheinende Buch »Von Arierisierung bis Zwangsarbeit« mit einer Zusammenfassung der Rallye Spurensicherung zu »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 – 1945« hingewiesen.

Eine Initiative der VVN-BdA Aachen

Das Recht zur Blockade von Nazi-Veranstaltungen erkämpfen

Blockaden von Nazi-Aufmärschen sich in den letzten Jahren als eine deeskalierende und gewaltfreie Methode bewährt, BürgerInnen im Kampf gegen Neonazis das Recht auf Widerstand zu ermöglichen. Oft konnten Naziaufmärsche empfindlich ge- oder sogar verhindert werden.

Umso schwerwiegender sind zwei Urteile aus 2011 zu bewerten, mit denen Gerichte in Aachen und Lüneburg das öffentliche Training von Blockaden verboten haben. Das Aachener Verwaltungsgericht ist der Meinung, Blockaden stellen eine »Gefährdung der Rechtsordnung und damit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar«. Dazu die VVN-BdA Aachen: »Diese Urteile müssen zurückgekämpft werden. Wir Aachener wollen eine Entscheidung erstreiten, die dem »Mutlangen- Urteil« entspricht und dem Bürgerrecht auf Sitzblockaden das Recht auf Blockadetrainings zur Seite stellt.«

Immer wieder haben deutsche Gerichte deren Nazi-Aufmärsche genehmigt, selbst dann, wenn reale Bedrohungsszenarien für Teile der Bevölkerung bestanden. Die VVN Aachen: »Mitarbeiter des Verfassungsschutzes schrieben

am NPD-Programm mit, der Staat pumpte Millionen in diese Partei. Die deutsche Ausländerpolitik und die rigide Abschiebepaxis von AsylbewerberInnen knüpfte an die Forderungen von Neonazis an. Sozialabbau stärkte den Konkurrenzgedanken der Beschäftigten und begünstigte die Demagogie der Neonazis. Deutsche Kriegsbeteiligungen in Afghanistan und in anderen Ländern ermutigten zu alten faschistischen Eroberungsphantasien.«

Die Verweigerung des Rechts auf Blockadetrainings entspreche einer verhängnisvollen Ideologie – der sogenannten Extremismustheorie. Demnach haben rechte und linke »Extremisten« die gleiche Bereitschaft, diesen Staat gewaltsam zu bekämpfen. Mit dieser Ideologie werden Neonazis und die von ihnen begangene Gewalt verharmlost. Und jene, die sich ihnen entgegenstellen, werden mit Gerichtsverfahren und Urteilen wie dem Verbot eines Blockadetrainings kriminalisiert.

Dagegen vorzugehen, ist Absicht VVN-BdA Aachen; sie sammelt Unterschriften und Spenden, um Verfahrenskosten tragen zu können. Bitte auf das Konto der VVN/BdA Aachen Nr. 15962-605 der Postbank, BLZ 500 100 60, Verwendungszweck »Blockadetraining« Schreibt an:

Aktion »Das Recht zur Blockade erkämpfen«.

info-ac@vvn-bda.de

D. P.

In Essen

Eine Strasse wurde nach Käthe Larsch benannt.

Ende Dezember 2011 wurde mit der Benennung einer Straße die Altenessenerin Käthe Larsch geehrt. Sie hatte bereits am 29. Mai 1935 ihren Mut, gewaltlos mit Flugblättern gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime vorzugehen, mit dem Leben bezahlen müssen und wurde im Zuge brutaler physischer wie psychiatrischer Verhörmethoden der Gestapo ein Opfer des NS-Staats. Der »Runde Tisch« Essen erklärte: Straßenbenennungen spiegeln den Umgang mit der Geschichte wieder. Sei es darum, dass der Widerstand und das Leid der Essener Kommunistin Käthe Larsch nicht geehrt werden soll, weil sie eben »Kommunistin« gewesen ist (bei den Essener Stolpersteinen hat es diese Diskussion nicht gegeben) - oder seien es die schon seit jeher nach Demokratiefreunden benannten Straßen. Gegen die Benennung der Straße nach Käthe Larsch gab es einige Widerstände. Aber diese seien überwunden worden. R. T.

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2012

»Ja zur zivilen Lösung der Zukunftsprobleme - Nein zu Krieg, Atomrüstung und innerer Militarisierung - Nein zur NATO!«

Auch in diesem Jahr wird der Ostermarsch an drei Tagen, von Ostersonntag 07. April bis Ostermontag, 09. April von Duisburg/Düsseldorf nach Dortmund gehen.

Der Auftakt mit Friedensmarkt und Kundgebung steht in Duisburg unter der aktuellen und konkreten Losung »NATO-Kommando-Zentrale Kalkar-stoppen«.

Redner wird sein: Leutnant Christian Neumann vom Darmstädter Signal.

Nachmittags gibt es ab 15.30 in Düsseldorf, Marktplatz am Rathaus, ein Friedensfest.

»Kein Krieg - Probleme zivil lösen!« Dieses Thema wird Karin Leukefeld, Journalistin aus Bonn, behandeln.

Zu »Krieg - ohne uns!« spricht Ulrich Sander, Bundessprecher VVN-BdA.

Eine Fahrradtour führt den Ostermarsch nach Bochum-Langendreer. Von dort geht es am Ostermontag nach Dortmund – zu Fuß.

Im und am Wichernhaus, Stollenstraße am Nordmarkt in Dortmund, findet am Ostermontag von 16:00 bis 20:00 Uhr der Ostermarsch Rhein-Ruhr 2012 mit einem Friedensfest seinen Abschluß.

»Zukunftsprobleme zivil lösen - Nein zu Krieg, Atomrüstung und innerer Militarisierung!« - das ist das Motto. Es sprechen Willi Hoffmeister und Helga Schwitzer, Frankfurt/M., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Slonsk gedenkt der Häftlinge des Zuchthauses

Sonnenburg

Eine Gedenkfeier führte Hinterbliebene in das polnische Slonsk

Gut 20 Kilometer hinter Küstrin liegt Slonsk. Fast 70 Jahre nach dem Tod meines Vaters Paul Voss nehme ich erstmals an einer Gedenkfeier für ihn teil. Ich habe ihn leider niemals bewusst kennengelernt.

Als er und meine Mutter mit mir im November 1937 in Kreuzberg verhaftet wurden, war ich gerade fünf Wochen alt; er sah mich ein letztes Mal 1938 beim Prozess. Meine Mutti wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, Papa zu fünf Jahren verurteilt. Sie waren KPD-Funktionäre im Unterbezirk Südost in Berlin. Mein Vater war schon von 1934 bis 1936 im Gefängnis in Moabit. Nach der Verurteilung kam er zuerst nach Brandenburg und ins Börgermoor, ehe er 1940 ins „Himmelfahrtzuchthaus“ Sonnenburg verlegt wurde. Dort war er am 24. Juli 1942 gestorben.

Meine 17 Jahre ältere Schwester erinnerte sich an die Beisetzung: „...Bevor es zum Friedhof ging, wollte ich mir den Toten noch einmal ansehen. Er lag in Unterwäsche, abgemagert auf 87 Pfund – bei

1,80 m Größe! Zuerst habe ich ihn deshalb gar nicht erkannt: lediglich die Fingernagelform – und dann erst nach und nach ihn. Man tat den Leichnam in einen leichten Tannensarg, der auf einen kleinen Wagen kam. Im Zuchthaus war gerade Rundgang der Gefangenen. Sie nahmen ihre Kappen ab, als der Sarg vorbeizog, berichtete uns später Bruno Leuschner. Über Kopfsteinpflaster holperte dann der Wagen durchs Dorf. Der Friedhof sah aus wie eine Heidelandschaft. Zwei ‚Zivilisten‘ begleiteten unseren Zug zu jenem Ort, wo Gräber nur Nummern, allenfalls das Geburts- und das Todesjahr, aufwiesen.“

Der Zuchthausfriedhof ist heute eine Wiese, auf der Ziegen behaglich grasen. Bei der Anfahrt zum Ort entdeckte ich die Wiesen mit den Drainagegräben und mir ging durch den Kopf, wie mein armer Papa in einer langen Reihe von Gefangenen jeden Morgen dorthin zur Arbeit getrieben wurde. Auch wenn ich im Ernst-Busch-Chor das Moorsoldatenlied singe, sehe



Die Mitglieder der Delegation der Berliner VVN-BdA Hans Coppi (M.), Erika Klug (li.) und Ingrid Kröning (re.) bei der Ehrung vor dem Denkmal für die Opfer des Naziregimes, neben dem »Museum Martyrologii Slonsk«.

Foto: J. Stachurski

ich den Gefangenenzug zur Arbeit ausrücken.

Es hat mich sehr berührt, wie die polnische Bevölkerung, dort ansässige Organisationen, der Bürgermeister und Schulkinder diesen Gedenktag begingen. Auch der russische und der luxemburgische Botschafter waren anwesend. Ich sah polnische Armeeangehörige, die die Veranstaltung vom Gottesdienst bis zur Zusammenkunft im Gemeindehaus begleiteten, ich sah Kinder, die bei einem abschließenden Zusammensein zu Ehren der Ermordeten sangen und rezitierten, ich sah viele andere Menschen in Trauer und Gedenken mit uns vereint. Wir

wurden mit Wärme und Herzlichkeit aufgenommen, der Rede von Hans Coppi, als er Erika Klug und mich vorstellte und den deutschen Widerstand am Beispiel unserer Väter erläuterte, hörten unsere Gastgeber/innen aufmerksam zu.

Auch wenn ich nicht weiß, auf welchem Friedhof mein Vater dort beigesetzt ist, so hat es mir gut getan zu erleben, dass er nicht vergessen wird und dass die heutigen Bewohner der kleinen polnischen Stadt mit uns gemeinsam bereit sind, alles dafür zu tun, dass sich die Geschehnisse von 1933 bis 1945 nicht wiederholen.

Ingrid Kröning, geb. Voss



Bild links: Die Delegation der Berliner VVN-BdA Hans Coppi (in der Bildmitte links), rechts daneben Erika Klug und Ingrid Kröning bei der Ehrung auf dem Friedhof für die Opfer des Naziregimes.
Bild rechts: Ehrung auf dem Platz vor dem Denkmal für die Opfer des Naziregimes.

Foto: J. Stachurski

Abschied von meinem Vater

Am 3. Februar war auch ich zum ersten Mal in Slonsk. Dort hatten SS-Angehörige aus Frankfurt an der Oder in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945 über 700 Häftlinge erschossen, auch meinen Vater August Klug, einen Bergmann aus Bochum, der Mitglied der SPD und des Reichsbanners gewesen war.

1933 floh er nach Frankreich, wurde 1940 nach dem Einmarsch deutscher Truppen in dem Siche-

rungslager Schirmbeck im Elsaß interniert. 1941 zur Arbeit im Bergbau verpflichtet, denunzierten Kollegen Anfang 1944 seine kriegskritischen Äußerungen. Ende August 1944 verurteilte ihn der Volksgerichtshof wegen »Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung« zu sieben Jahren Zuchthaus. Ende Oktober 1944 kam er in das Zuchthaus Sonnenburg.

Ich war etwas aufgeregt, als ich in Slonsk eintraf, war es doch mein erster Besuch, und er wurde ein überwältigendes Erlebnis: Die

vielen Fahnen, polnische Soldaten, Veteranen, Bürger und auch jüngere und ganz junge Menschen aus dem Ort. Nach dem Gedenkgottesdienst legten wir an dem mit Kränzen und Blumen geschmückten Ehrenmal an dem (nicht mehr intakten) Museum des Martyriums ein Blumengebinde nieder. Am sowjetischen Ehrenmal gedachten wir mit den Bürgern aus Slonsk und ihren Gästen der gefallenen Rotarmisten. Zum Abschluss begaben wir uns zu dem Friedhof, auf dem die ermordeten Häftlingen beigesetzt worden waren. Hier nahm

ich nach 67 Jahren Abschied von meinem Vater. Ich kenne sein Grab und ich weiß, ich kann wiederkommen, das ist sehr beruhigend.

Einen großen Wunsch ich noch: Es sollte für die Ermordeten und Gefangenen aus vielen Ländern Europas wieder ein baulich rekonstruiertes und neu gestaltetes Museum geben, wo Besucher Auskunft über die Menschen erhalten, die dort leiden mussten. Vielleicht könnte dieser Wunsch ja zum 70. Jahrestag der Befreiung im Jahre 2015 in Erfüllung gehen.

Erika Klug

Bundesverdienstkreuz für unsere Ehrenvorsitzende

Auszeichnung für Inge Lammel



Am 9. November 2009 sprach Dr. Inge Lammel zur Eröffnung der neugestalteten Ausstellung zum Jüdischen Leben in Pankow im Pankower Rathaus.

Foto: VVN-BdA Berlin-Pankow

Am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, wurde die Ehrenvorsitzende der Berliner VVN-BdA und der VVN-BdA Pankow, Inge Lammel, mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Rahmen einer Feierstunde im Betsaal des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses in Pankow statt. Dr. Peter-Alexis Albrecht vom Vorstand der Dr. Walter und Margarete Cajewitz-Stiftung, welche die Ehrung angeregt hatte, und der Bezirksbürgermeister Matthias Köhne hielten Ansprachen. Wir gratulieren unserer Ehrenvorsitzenden aus ganzem Herzen!

Inge erhielt die Auszeichnung für ihr beispielloses Engagement bei der Erforschung und Vermittlung des jüdischen Lebens in Pankow. Mehrere Bücher und kleinere Broschüren sowie eine Ausstellung hat Inge Lammel erarbeitet. Mit unermüdlicher und angesichts ihres hohen Alters bewundernswürdiger Energie entreißt sie immer neue Geschichten jüdischer Menschen, Familien und Institutionen dem Vergessen. Wer wie wir von der Pankower VVN-BdA schon erleben durfte, wie akribisch sie ihre Forschungsergeb-

nisse immer wieder überprüft und ergänzt, muss von ihrer fachlichen Kompetenz überzeugt sein. Das ehemalige Jüdische Waisenhaus Pankow und sein Förderverein, dessen stellvertretende Vorsitzende sie ist, nahmen in ihrer Tätigkeit einen wichtigen Platz ein. Inge hat es geschafft, zahlreiche ehemalige Zöglinge des Waisenhauses in aller Welt ausfindig zu machen und in Berlin wieder zusammenzubringen. Auch Gedenktafeln und Straßenbenennungen gehen auf ihre Initiative zurück. Zahllosen Menschen wurde die Geschichte des von den Nazis vernichteten jüdischen Lebens in Pankow durch die mittlerweile komplett erneuerte und überarbeitete Ausstellung näher gebracht.

Doch die Lokalgeschichte ist nur eine Facette des Lebens und Wirkens von Inge Lammel. Sie wurde 1924 in eine Berliner jüdische Familie geboren und erlebte in den dreißiger Jahren antisemitische Diskriminierungen. Ihre Eltern starben in Auschwitz. Ihr gelang 1939 mit dem »Kindertransport« nur knapp die Flucht nach Großbritannien. Hier begann ihr politisches, antifaschistisches Engagement, unter anderem in der Kommunistischen Partei.

In der DDR war Inge als Musikwissenschaftlerin auf dem Gebiet des Arbeiterliedes tätig – wie intensiv, zeigt die lange Liste der von ihr betreuten Liedersammlungen. Nach dem Ende der DDR war sie Mitbegründerin des Pankower »Bundes der Antifaschisten«, dessen Ehrenvorsitzende sie seither ist, und begann ihre Forschungsarbeit zum jüdischen Leben. Zwei ihrer hervorstechenden Eigenschaften sind Bescheidenheit und Sachlichkeit. Das macht es nicht einfach, eine schriftliche Ehrung für sie zu verfassen. Wir sind froh, mit Inge zusammenarbeiten zu können, und in dem Bewusstsein, dass kein Orden ihre Leistung angemessen zu würdigen vermag, wünschen wir ihr weiterhin viel Kraft!

Mathias Wörsching,
Vorsitzender VVN-BdA Pankow

In Kürze erscheint eine Neuauflage des Buches »Das Jüdische Waisenhaus in Berlin« von Inge Lammel. Viele ihrer Werke sind über die Pankower VVN-BdA zu beziehen (E-Mail: bda-pankow@gmx.de, Postanschrift: VVN-BdA Berlin-Pankow e.V., c/o JUP e.V., Florastr. 84, 13187 Berlin).



Der Pankower Bezirksbürgermeister Matthias Köhne bei der Überreichung des Bundesverdienstkreuzes an Dr. Inge Lammel am 27. Januar 2012.

Foto: Büro Stefan Liebich.

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Antifa – Jour fixe

Immer am 3. Montag im Monat, immer um 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin Montag 19.03.2012

Eva Nickel
LILITH – ADAMS ERSTE
FRAU VOR EVA
Märchen und Geschichten



Eva Nickel, Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Märchen-erzählerin, wird uns Lilith nahe bringen,

die dämonische, geheimnisvolle Frauenfigur, von der schon die alten Assyrer berichteten. Der jüdischen Mythologie nach war sie Adams erste Frau, die ihn verließ, weil er sich über sie erheben wollte. Eva, Liliths Nachfolgerin, nahm den Platz des gehorsamen Weibes ein, den Lilith verschmähte. Lilith aber wurde verschwiegen oder geisterte als gefürchtete schwarze Dämonin durch die Jahrtausende, bis sie in der Gegenwart wieder als kluge und starke Frau interpretiert wird.

Eva Nickel erzählt in der Tradition der Midraschim, der sich immer wieder verändernden Auslegung alter Schriften.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
<http://berlin@vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Antje Kosemund berichtet

»Pass gut auf die Kleinen auf!«

Eine Familie mit zehn Kindern – das war für die 1920er und 1930er Jahre in einer Großstadt wie Hamburg mehr als ungewöhnlich. Zwei weitere Kinder lebten nur kurze Zeit, und oben-dreien erlitt die Mutter noch drei Fehlgeburten. Für die Familie eines Arbeiters oder kleinen Angestellten bedeutete solch ein Kinder-»Segen« bittere Armut, vor allem in der großen Krise der kapitalistischen Welt ab 1929. Der Vater Bruno Sperling war außerdem zu Beginn der Nazizeit kurzzeitig in Haft, und die Mutter Anna war nie richtig gesund. Dennoch schreibt die Autorin Antje Kosemund, das sechste der »Sperlingskinder«, dass sie eine glückliche Kindheit gehabt habe. Eine Mutter, die ihrer Tochter trotz aller Probleme solches vermittelt, muss eine sehr starke Frau gewesen sein. Die Geschichte der Familie Sperling ist der Inhalt des Buches »Sperlingskinder«.

Wegen der vielen Schwangerschaften hat die Autorin ihrem Vater bittere Vorwürfe gemacht. Aber diese Vorwürfe bleiben im Raum stehen. Über Themen wie Verhütung sprach man wohl in der damaligen Zeit einfach nicht.

Die Sperlings waren eine politische Familie, viele von ihnen und ihren

Angehörigen waren Sozialdemokraten oder Kommunisten. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur gingen mehrere in den Widerstand. Bruno Sperling wurde von seinen Genossen daran gehindert, Gleiches zu tun. Klar, wäre er verhaftet worden, hätte das für die Familie bitteres Elend bedeutet.



Antje Kosemund (links) auf dem Heideruh-Sommerfest, das fertige Buchmanuskript zu »Sperlingskinder« in Händen haltend

Die Mutter, eine gelernte Verkäuferin, konnte nicht arbeiten wegen der vielen Kinder und ihrer ständigen Krankheiten. Um den Beobachtungen durch die Gestapo zu entgehen, zog die Familie vorübergehend aufs Land. Hier verbesserte sich ihre Lage etwas.

Ein schwerer Schlag war der frühe Tod der Mutter 1942. Sie wurde nur 44 Jahre alt. Die damals 13-jährige Antje musste nun auf ihre vier jüngeren Geschwister achten. »Pass gut auf die Kleinen auf« waren die letzten Worte ihrer Mutter. Es ist fast ein Wunder, dass alle zehn

Kinder Krieg und Nazizeit überlebt haben – bis auf eines.

Von diesem »vergessenen Kind« Irma Sperling handelt der zweite Teil des Buches. Obwohl das Mädchen nur leicht behindert war (die Autorin vermutet Autismus), gaben die Eltern Irma in die Alsterdorfer Anstalten. Sie glaubten wohl, sie würde es dort

besser haben als in den ärmlichen Verhältnissen zuhause. Welches Schicksal den Behinderten später drohte, ahnte damals noch niemand. Irma wurde zusammen mit anderen Mädchen 1943 nach Wien zur Heilanstalt Am Steinhof deportiert und dort ermordet. Nachdem die Autorin das erfahren hatte, begann sie eine jahrzehntelange Spurensuche. Trotz der Verzögerungstaktik und bewussten Täuschungen der Wiener Stellen hat sie niemals aufgegeben.

Als die Autorin das Schicksal ihrer Schwester endlich aufklären konnte, beginnt der zweite Akt

ihres Kampfes: um eine würdige Bestattung der sterblichen Überreste, um Gedenktafeln in Alsterdorf und Wien, um Straßenbenennung und einen Stolperstein. Jeder, der es möchte, kann heute die Ergebnisse dieses Kampfes mit eigenen Augen betrachten.

»Ein Leben voller Kampf« ist eine Phrase, die leicht von der Zunge geht. Für Antje Kosemund trifft sie aber hundertprozentig zu. Es ist verdienstvoll, dass sie dieses Leben aufgeschrieben hat.

Antje Kosemund: Sperlingskinder. Faschismus und Nachkrieg: Vergessen ist Verweigerung der Erinnerung! VSA:

Verlag, Hamburg 2011,
ISBN 978-3-89965-494-3

Hans-Joachim Meyer



Antinazis unter Druck gesetzt

Schon wieder nazifreundliches Urteil

Seit Jahren sorgt der Neonazi-Szeneladen »Streetwear« in Todtglüsing bei Tostedt (Landkreis Harburg) für Unruhe in der Region. Ein Urteil des Oberlandesgerichts Celle hat nun den Neonazis ausdrücklich erlaubt, den Laden weiter zu betreiben. Dagegen protestierten am 4. Februar rund tausend Menschen in Tostedt.

Erwartet waren 500. Bürgermeister Gerhard Netzel (SPD): »Alle Bemühungen, die im Forum für Zivilcourage engagierte Bürger unternommen haben, um rechts-extremistische Umtriebe in Tostedt

einzu-dämmen, werden durch dieses Urteil konterkariert.«

Im benachbarten Buchholz werden Gastwirte von Neonazis offenbar massiv unter Druck gesetzt. Nach den Informationen von Gaby Meyer von der Friedensgruppe Nordheide drohen die Neonazis mit Brandanschlägen und Vandalismus, falls die Wirte Räume für linke Gruppen zur Verfügung stellen. Offen spricht darüber niemand gerne - wie bei Schutzgelderpressung. Die Buchholzer Stadtbücherei verweigerte der Friedensgruppe kürzlich Räume mit der Begründung, sie müsste dann auch Räume an Neonazis vermieten.

hjm

»Laut gegen Nazis«

Unter dem Motto »Hamburg steht auf« will die Initiative »Laut gegen Nazis« im März während der Wochen gegen Rassismus eine bundesweite Kampagne starten.

Künstler, Musiker und andere Persönlichkeiten haben sich inzwischen der Initiative angeschlossen. Dazu gehören der Fernsehkoch Tim Mälzer, der Musiker Lotto King Karl, das Thalia-Theater, der HSV und der FC St. Pauli. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat die Schirmherrschaft übernommen.

Für den 24. März ist eine Großdemonstration vom Fischmarkt zum Spielbudenplatz geplant. Die Initiative will vor allem an Schulen für diese Aktion werben.

hjm

Redaktion: H. J. Meyer

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg

Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg

Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Hamburg plant scharfes Polizeigesetz

Elektronische Fußfessel kommt

Bürgermeister Olaf Scholz hat den „Staatsvertrag über die Einrichtung einer gemeinsamen Überwachungsstelle der Länder“ ratifiziert. Die Bewegungen von Ex-Strafgefangenen, die eine elektronischen Fußfessel tragen, werden im hessischen Bad Vilbel zentral erfasst. Voraussetzung für die Fußfessel ist, dass die Menschen wegen eines Gewaltverbrechens mindestens drei Jahre in Haft waren und nach ihrer Haft von einem Gutachter als weiterhin

gefährlich eingestuft werden. Nach Meinung der Justizbehörde kämen dafür in Hamburg jährlich rund 20 Ex-Gefangene in Betracht. Das „arme“ Hamburg lässt sich das Ganze 225 000 Euro pro Jahr kosten.

Außerdem ist das Hamburger Polizeigesetz überarbeitet worden und soll in Kürze verabschiedet werden. Das Gesetz war 2005 noch unter dem CDU-Senat erlassen und vom Bundesverfassungsgericht in Teilen einkassiert worden. Nach Meinung

von Christiane Schneider (Die Linke) ist das neue Gesetz noch schärfer als das alte, vor allem wegen der weitreichenden Möglichkeiten zur Telefon-, Handy- und Computerüberwachung. „Niemand weiß, wer welche Daten hat und wofür er sie einsetzt“. Die Polizei bekomme immer mehr den Charakter eines Geheimdienstes. Die Linkspartei will jetzt einen Gegenentwurf präsentieren. **hjm**

Riederstaffel un keen Enn

In'n Janewor hebbt dusend Minschen in Altnoo gegen de Nazi-Terrorgrupp NSU un gegen unsen Inlandsgeheimdeenst Protest mootk. As jümmer weern ok op düsse Demo wedder de Udels mit bi.

Man ton eersten Mool keem ok de Riederstaffel op en Demo ton Insatz. Man se hett nich ingrepen, is bloots vör'n Demotog langsklabastert.

Ex-Bürgermeister Ahlhaus, den sien leefst Kind de Riederstaffel weer, het noch seggt: De Peer warrt nienich bi Demos insett. As dat lett, is dat bi Olaf Scholz nu anners.

Wenn wi ehrlich sünd: Wi hebbt dat al lang wüsst, dat de SPD, wat de Binnenpolitik angeiht, rechts vun de CDU steiht. Kann anghohn, dat wi noch Tieden beleevt as bi'n Schah-Beseuk 1968 in Hamborg, as de Udels mit jümehrer Peer op de Demonstranten doolghohn sünd. Un de Börgermeister domools weer ok en SPD-Mann: Weichmann. **hjm**

Von März bis April:

Hamburger VVN-Termine

Donnerstag, 15. März, 19:30 Uhr

Deserteursgedenken am Kriegsklotz? Die Opfer der NS-Wehrmachtgerichte und warum Hamburg ein Deserteursdenkmal braucht.

Aufführung:

»Kriegsgericht« mit der Gruppe »Antikriegsambulanz«, danach Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Bezirksfraktionen Hamburg-Mitte mit dem Vorsitzenden des Kulturausschusses der Hamburger Bürgerschaft Norbert Hackbusch und dem Historiker der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Dr. Oliver von Wrochem (angefragt)

Eintritt: 3 €

Ort:

Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 11+12.

Sonntag, 25. März, 17:00 Uhr

Film »Was hat Hamburg nur mit euch Frauen gemacht?« BRD 1992, von Christine Kukielka, Christiane Rothmaler und Stefan Corinth, 90 Min.

Dieser Film zeigt ein vergessenes Kapitel in der Geschichte deutscher Fürsorge, das sich im Nationalsozialismus abgespielt hat. Anschl. Gespräch mit Christiane Rothmaler.

Ort: Kommunales Kino Metropolis, im Metropolishaus Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Freitag, 20. April, 15:00 Uhr

Gedenkfeier für die Kinder vom Bullenhuser Damm in der Turnhalle

der Schule am Bullenhuser Damm. **Ort:** Bullenhuser Damm 92.

Sonntag, 29. April, 17:00 Uhr

Film »Die Kinder vom Bullenhuser Damm«, Deutschland 1983, von Karl Siebig, 50 Min.

Am 20. April 1945 wurden in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm 20 jüdische Kinder erhängt. Gegen einen der Mörder, den zur Entstehungszeit des Films in Frankfurt lebenden Arnold Strippel, war zwar seit 1979 ein Ermittlungsverfahren der Hamburger Staatsanwaltschaft in Gang - ohne jedoch zu Ergebnissen geführt zu haben. Und auch die Neonazis waren wieder aktiv: Wenige Tage nach einer Gedenkfeier für die ermordeten Kinder wurde eine Bombe gefunden.

Ort:

Kommunales Kino Metropolis, im Metropolishaus Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Dienstag, 1. Mai 2012

Tag der Arbeit – Demonstration und Kundgebung des DGB: es geht mal wieder auf den Fischmarkt! Näheres war zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Sonntag, 6. Mai, 11:00 Uhr

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg - zum Tag der Befreiung »8. Mai 1945« - Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg

Rednerin:

Antje Kosemund, VVN-BdA Hamburg

Ort: Friedhof Ohlsdorf, gegenüber Krematorium »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg

Dienstag, 8. Mai, 20:00 Uhr (Einlass ab 19:30 Uhr)

Streiflichter aus dem Widerstand nicht nur in Bergedorf - Lesung und Gitarrenmusik

Es lesen Jugendliche und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Musikalisch eingerahmt vom Acoustic Groove Duo - Wolfgang Dreller und Jörn Rönneburg. Eine Veranstaltung im Rahmen der Woche des Gedenkens.

Veranstalter/innen:

DGB – Ortsvorstand Bergedorf, VVN-BdA, Landesjugendring
Der Eintritt ist frei – Spenden sind willkommen.

Ort:

Kulturforum Serrahn, Serrahnstraße 1 am Bergedorfer Hafen

Die Veranstalter/innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht nach § 6 Versammlungsgesetz Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Donnerstag, 10. Mai, voraussichtlich ab 11:00 Uhr

Verboten – verbrannt – vergessen? Mai 1933 – Zuerst brannten die Bücher...

12. Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern - Hamburg liest gegen das Vergessen
Mehr Informationen unter:

www.lese-zeichen-hamburg.de

Ort: Gedenkplatz der Bücherverbrennung am Isebek-Kanal, Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße

Samstag, 12. Mai

4. Klotz-Party - Mit Musik, Kunst & Literatur und spektakulären Aktionen mahnen die 18 Bündnisvereine am 76er Denkmal einen Erinnerungsort für die Opfer der Wehrmachtgerichte an.

Ort: Stephansplatz.

Näheres unter

www.Feindbegünstigung.de

Ort:

Platz am »Kriegsklotz«, Dammtordamm Hamburg

Nach 66 Jahren zum ersten Mal:

Eine Untersuchung über die Lüneburger Gestapo erschienen

1974, also 29 Jahre nach Ende der Nazi-Herrschaft, wurde in Dortmund der Rentner Albert Schweim verhaftet, der an Verbrechen der Lüneburger Gestapo beteiligt war: »...ich habe die Erschießungen [...] innerlich gebilligt, weil ich loyal zu den damaligen Machthabern stand und ein überzeugter Nationalsozialist war.« Das Verfahren gegen den Rentner wurde - wie so oft vor westdeutschen Gerichten - eingestellt. Dieses und noch vielmehr, z.B. die Dolmetschendienste der Hindenburg-Tochter für die Lüneburger Gestapo, ist in der Publikation »Die Staatspolizei Lüneburg/Strukturen und Täter« dokumentiert.

Im Dezember hat die Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA damit die erste fundierte Untersuchung über die regionale Gestapo vorgelegt. In dreijähriger umfangreicher und mühsamer Recherchearbeit haben Peter Asmussen, Dietrich Banse, Hans-Jürgen Brennecke, Jürgen Dietze und Peter Raykowski Licht in das Dunkel der Tätigkeit der regionalen Vertretung der Gestapo gebracht. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich vor allem daraus, dass der gesamte Originalbestand der

Dokumente in den ersten Aprilwochen 1945 - also unmittelbar vor Kriegsende - von den Lüneburger Gestapo-Beamten vernichtet wurde. Mit Sorgfalt und Spürsinn gelang es den Autoren dennoch, in Kommunal- und Staatsarchiven und in den Archiven vieler NS-Gedenkstätten Belege zu ermitteln und auszuwerten, die einen fundierten Überblick über die Täter, ihre Arbeitsweise und

Celle, Fallingbostal, Fallersleben, ab 1944 auch Wesermünde, Stade, Verden und Cuxhaven.

Mit ihren knapp 50 Beamten war die Lüneburger Gestapo kapazitätsmäßig relativ zu schwach, um Herr der Lage über weit mehr als eine Millionen »Einwohnern« zu sein. Erst das Zusammenspiel von städtischen Behörden, Kreisbauernschaften, Wirtschaftsunternehmen, Justiz

die Beschreibung der Täter. Es waren keine geheimnisvollen Schlapphüte, die ihr Unwesen trieben. Es waren ganz normale Bürger. Zum Teil waren sie schon während der »Weimarer Zeit« Polizisten, andere kamen als Quereinsteiger zur Gestapo, waren Soldaten oder Juristen, Kraftfahrer und Büroangestellte. Karrieregesichtspunkte, unbedingter Gehorsam und ein unreflektiertes Rechtsverständnis ließen sie zu Helfern des Mordregimes werden. Sie folterten, mordeten und verbrachten angebliche Verräter, gesellschaftliche Minderheiten, Juden und Zwangsarbeiter in die Konzentrationslager. Nach dem Krieg suchten die Lüneburger Gestapo-Mitarbeiter das Weite, um nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Drei von ihnen begingen unter mysteriösen Umständen Selbstmord. Wegen der Verbrechen in Lüneburg wurden elf Täter zu Strafen zwischen drei Monaten und drei Jahren verurteilt, bei einem erging ein Freispruch. In Haft kam nur ein Täter, dem die Strafe auch noch um ein Drittel erlassen wurde.

Die Broschüre kann bestellt werden unter vvn-bda-ig@web.de und kostet 5.00 € incl. Porto.



Eine Seite aus der neuen VVN-Broschüre über die Gestapo in Lüneburg

Foto: Maik Schade

über die Strukturen der Gestapo-Behörde geben. Die Gestapo war die brutalste und sichtbarste und deshalb am meisten gefürchtete Institution des NS-Terrors, auch in Lüneburg mit ihrem Zuständigkeitsgebiet NSDAP-Gau Ost-Hannover und seinen Außenstellen Soltau,

und Bevölkerung erlaubten es, trotz der minimalen Personalbesetzung ein Höchstmaß an Überwachung und Sozialkontrolle durchzusetzen.

Wie dieses Netzwerk der Unterstützung funktionierte, ist anschaulich und mit entsprechenden Hinweisen belegt. Entdämonisierend ist auch

Unbeachteter Terrorismus von Rechts

Die Nazis besangen schon früh die »Döner-Killer«

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren im Januar beim Vortrag von Reinhard Koch zum Thema »Terrorismus von Rechts - ein neues Problem« in Peine anwesend. Der Referent leitet das Wolfsburger »Zentrum Demokratische Bildung« und die Braunschweiger »Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt«. Der DGB Peine und die IG Metall Salzgitter-Peine hatten eingeladen, unterstützt wurde die Veranstaltung u.a. von der SPD Peine, den Grünen, LINKEN und der VVN-BdA.

2010 gab es eine CD von »Gigi und den braunen Stadtmusikanten«, die ein Lied über die »Döner-Killer« verfassten. Alles am »Verfassungsschutz« vorbeigelaufen? Junge Leute kokettieren bei Facebook mit Waffen, sie spüren Kameradschaft, Freizeit,

Konzert und Aktion. Sie fühlen sich zu einer Elite hingezogen, die durch Blutzugehörigkeit bestimmt wird.

Reinhard Koch schockierte mit rechten Musiktexten, die von Gewaltaufforderungen nur so strotzten.

Er sagte, es kommt darauf an, den Minimalkonsens bei den politisch Handelnden unter dem Stichwort »Wer ganz rechts ist, hat nur linke Nachbarn« auch in Peine in die Tat umzusetzen.

Peter Baumeister



Veranstaltung im Wolfsburger »Zentrum Demokratische Bildung« in Peine

Zum vierten Mal Stolpersteine in Peine verlegt

Mit diesen elf sind es jetzt insgesamt 49 Stolpersteine. Organisiert hatten die Aktion das Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz, die VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der DGB Peine und der Kreisheimatbund. Der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Peter Baumeister bedankte sich besonders bei dem Künstler Gunter Demnig und den zahlreichen Spenderinnen und Spendern, darunter die GEW und die IG Metall. Das Besondere: Schülerinnen und Schüler der Peiner Bodenstedt-/Wilhelmsschule stellten die Biographien und die Bilder von drei Opfern bereit.

15. Antifaschistische Sozialkonferenz in Hannover

Die terroristischen Exzesse und die Krise

Die traditionelle Gemeinschaftsveranstaltung von gewerkschaftlichen Gliederungen und antifaschistischen Organisationen fand in diesem Jahr wieder im »Pavillon Hannover« zum vorgesehenen Termin statt: Am letzten Samstag im Januar zur Erinnerung an die Machtübergabe an die Nazi-Partei 1933 und die Befreiung von Auschwitz 1945.

Diesjähriges Thema war »In der Krise? Demokratie stärken gegen rechts«. Sylvia Milsch, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, berichtete zunächst wie es zu dieser Thematik gekommen war. Unter dem Eindruck des Massakers von Oslo im Sommer letzten Jahres wurde in der Vorbereitungsgruppe diskutiert, ob die Antwort auf solche Exzesse in der Stärkung demokratischer Institutionen und Bewegungen oder im Ausbau des staatlichen Überwachungs- und Repressionsapparats liegen müsse.

Das Einleitungsreferat bestritt Johannes Kiess von der Arbeitsgruppe zum Rechtsextremismus an

der Universität Leipzig. Er berichtet über die Fragestellungen, Methoden, Analysen und Ergebnisse der jüngsten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.



DIE MITTE IN DER KRISE



Decker, Weißmann, Kiess, Brähler: Die Mitte in der Krise, rechtsextreme Einstellungen in Deutschland; <http://www.fes-gegenrechtsextremismus.de/>

Im Gegensatz zum von der Totalitarismustheorie beeinflussten Extremismusbegriff, der die Extreme von rechts und links gegen die politische Mitte abgrenzt, stellte er bestimmte Kriterien dar, die auf rechtsextreme Einstellungen schließen lassen, die aber in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung bei den verschiedensten politischen Präferenzen und in unterschiedlichen sozialen Umfeldern und Schichten anzutreffen sind. Dazu zählte er Befürwortung von Diktaturen (»starken Männern«), Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung bzw. Leugnung der NS-Verbrechen.

Analytisch bezieht sich die Studie auf den Begriff des autoritären Charakters, wie ihn die Frankfurter Schule entwickelt hatte. Sie vergleicht ihre Befunde mit ähnlichen Untersuchungen von 2002, 2006 und 2008 und kann so Entwicklungstendenzen ermitteln. Der repräsentative Vergleich der Befragungen von Ost- und Westdeutschen gibt dabei ein differenziertes Bild, das z.B. höhere Werte für Ausländerfeindlichkeit

bei jenen, mehr Antisemitismus bei diesen zeigt, das bequeme Vorurteil, Rechtsextremismus sei besonders ein Problem im Osten, aber widerlegt!

Dem Referat schloss sich ein »Streitgespräch« zwischen Sebastian Wertmüller, Bezirksgeschäftsführer Ver.di Braunschweig, und Dietmar Schliff, Landesvorsitzender der GdP in Niedersachsen, an. Es wurde moderiert von Tom Seibert vom DGB Hannover und ging um die Frage »Demokratie, offene Gesellschaft oder law-and-order-Politik«. Neben den »berufsbedingten« Differenzen zwischen einem gewerkschaftlichen Interessenvertreter von Polizistinnen und Polizisten und einem ehemaligen DGB-Bezirksvorsitzenden, der seit Jahren als Organisator von Demonstrationen und Kundgebungen tätig ist, gab es dabei zwischen beiden auch ein hohes Maß an Übereinstimmung in Sachen Stärkung demokratischer Rechte!

In drei Arbeitsgruppen wurde anschließend weiter diskutiert.

Reinhold Weismann-Kieser

Sinti und Roma in Niedersachsen - Geschichte und Gegenwart

Veranstaltungen zu »Fremde im eigenen Land«

Am 26. Januar stellte der Verein für Geschichte und Leben der Sinti und Roma in Niedersachsen e.V. das Begleitbuch zu der Ausstellung »Fremde im eigenen Land - Sinti und Roma in Niedersachsen nach dem Holocaust« vor. Es dokumentiert das Schicksal der Überlebenden des Völkermords an den »Zigeunern« und ihren Kampf um Anerkennung als Opfer des Faschismus und um Entschädigung.

Am Abend danach fand, ebenfalls im Historischen Museum Hannover, die Vorführung der vorläufigen Fassung des Films »GIBSY. Die Geschichte des Boxers Johann »Rukeli« Trollmann« statt. Der Regisseur Eike Besuden schildert darin die Geschichte des Hannoveraner Sinto, seiner Familie und seine Karriere als Boxer, die ihn bis zum Deutschen Meister 1933 im Halbschwergewicht geführt hatte. Mit der »Gleichschaltung« des Boxverbands war ihm der Titel unter

diskriminierenden und fadenscheinigen Gründen aberkannt worden. Sein Kampf um Rehabilitierung scheiterte, er wurde 1942 in das



KZ Neuengamme verschleppt und kam 1943 oder 1944 unter nicht eindeutig geklärten Umständen in der Lagerhaft um.

Selbsthilfe wurde ebenfalls thematisiert. In die Gegenwart der Sinti und Roma in Niedersachsen führte eine Veranstaltung in den

Räumen der Katholischen Propstei St. Clemens in Hannover. Das »Forum für Sinti und Roma« sowie der Verein »Romane Aglonipe« hatten dorthin eingeladen, um ein gemeinsames Beratungsbüro einzuweihen. Dort sollen künftig Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse, Bewerbungstraining, Familienbetreuung sowie Rechts- und Flüchtlingsberatung angeboten werden. Eines der Hauptprobleme in Deutschland sei

hingegen das Bildungsdefizit der etwa 500 Kinder aus Sinti- und Romafamilien in Hannover. Das Angebot einer Hausaufgabenhilfe sei deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Beratungsstelle.

Reinhold Weismann-Kieser

Impressum:

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die antifa bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an

mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
 VVN-BdA Landesvereinigung
 Niedersachsen e.V.
 Rolandstr. 16,
 30161 Hannover,
 Tel.: 0511-331136,
 FAX: 0511-3360221,
 E-Mail:
niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille